

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

17.3.1922 (No. 65)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonten:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlicher  
Hauptredakteur  
C. K. M. M. B.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Buchdruckerei, welche  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 36 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 1.— M für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen zeitlicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Journals berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Weiterleitung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil

#### Der Sitz der Reichsbaudirektion.

Durch Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 24. Februar 1922 ist Stuttgart als Sitz der Reichsbaudirektion bestimmt worden.

#### \* Immer wieder Frankreich.

Man muß die Rede des neuen italienischen Ministerpräsidenten de Facta mit der des französischen Ministers Maginot vergleichen, wenn man sich der ungeheuren Schwierigkeiten bewußt werden will, die durch die fürchtliche Politik der Pariser Regierung für die Entente selbst bestehen. Ein Vergleich dieser beiden Reden läßt es als ausgeschlossen erscheinen, daß hier jemals eine wirkliche Annäherung zwischen den Anhängern Frankreichs und denen der übrigen Alliierten stattfinden kann.

Während de Facta erklärt, Deutschland sei immer ein Faktor der Zivilisation und des Fortschritts gewesen und werde es auch weiter sein, Italien vertraue darauf, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhält und im zukünftigen Europa ein verlässliches Element des Friedens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen sein werde, während also der leitende Staatsmann Italiens freundliche und gerechte Worte für uns findet, ergeht sich der französische Minister, wie aus dem Bericht über die gestrige Kammer Sitzung zu entnehmen ist, in Verhöhnungen gegen das deutsche Volk, die so absurd sind, daß sie wohl nur in Frankreich geglaubt werden können. Da spricht der französische Minister von unserem „Wunsch nach Revanche“ von der „Kriegsbereitschaft unserer Industrie“, von dem angeblichen Vorhandensein eines für 22 Divisionen ausreichenden Artilleriematerials, einer strategischen Eisenbahn „hinter dem Schwarzwald“, und von einer Reichswehr, die trotz der schwachen Mannschaften und der schwachen Bewaffnung doch ein mächtiges Heer darstelle, das jederzeit rasch verdoppelt werden könne.

Wie gesagt: Außer in Frankreich selbst wird kein einigermaßen zurechnungsfähiger Mensch diesen Unsinn glauben. Warum aber wird er dann überhaupt vorgetragen? Zunächst offenbar aus allgemeinen weltpolitischen Gründen, nämlich, um vor der Welt und vor allem vor Amerika die sogenannte „Notwendigkeit einer starken militärischen Ausrüstung“ in Frankreich zu begründen. Es ist eben dieselbe Melodie, die Briand bereits in Washington hat erklingen lassen. Erfolg hat er nicht gehabt, und Frankreich wird auch jetzt mit einer neuen Paraphrase dieser Melodie kein Glück haben.

Die ganze Welt weiß zur Genüge, daß das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich wahrlich keine Veranlassung hat, sich vor einer etwaigen „deutschen Revanche“ zu fürchten, und die ganze Welt weiß ferner, daß Deutschland ja nicht nur Frankreich, sondern auch die mit Frankreich alliierten Mächte zu Gegnern haben würde, wenn es wirklich so verblendet wäre, einen Revanchefeldzug zu versuchen. Alle wirklich gescheiterten und unterrichteten Politiker aber wissen auch, daß die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes nicht im Traume daran denkt, die Lage Deutschlands durch einen neuen Krieg von neuem zu gefährden, sondern daß diese Mehrheit fest entschlossen ist, die deutsche Zukunft auf der Grundlage friedlicher Arbeit und friedlichen Wettbewerbs zu errichten.

Der Rede des französischen Ministers liegt aber natürlich auch noch ein innerpolitisches Motiv zugrunde, dessen erste Bedeutung wir uns nicht verhehlen dürfen. Die erdrückende Mehrheit der französischen Kammer ist nationalistisch gesinnt und erfüllt von feindseligen Gefühlen gegenüber dem deutschen Volk. Die Pariser Regierung trägt dieser Tatsache Rechnung und wirft demgemäß dem Nationalismus alle paar Tage ein neues Opfer in den Nacken. Daß eine derartige Methode sich praktisch auswirken muß in neuen Schikanen gegen uns und in neuen Erschwerungen der allgemeinen Politik des Wiederaufbaus und der Versöhnung, ist klar.

Auch jetzt hat wieder Frankreich seine Alliierten zu einer Kollektivnote an uns zu bestimmen genötigt, die sich gegen die angeblich „widerrechtliche Haltung“ richtet, die untergeordnete deutsche Behörden in den letzten Monaten gegen die interalliierte Militärkontrollkommission eingenommen haben sollen.

Wahrscheinlich werden die Alliierten Frankreichs zur Befriedigung dieser Note ihre Zustimmung erteilt haben, weil sie der ganzen Sache keine besondere Wichtigkeit beimessen und klug genug sind, um in derartig nebensächlichen Dingen der Pariser Gehpolitik eine Konzession zu machen. Die Reichsregierung wird die Note bzw. die Tatsachen, die ihr zugrunde liegen, ernsthaft untersuchen und darnach ihre Antwort einrichten. Am besten wäre es aber, wenn die Entente sich nun endlich dazu aufraufen wollte, die militärische Kontrollkommission, die sich in finanzieller Hinsicht immer mehr zu einem Blutanker am Körper des deutschen Volkes entwickelt hat, überhaupt aufzuheben. Und wenn dieser Aufhebung die Zurückziehung der Besatzungstruppen vom Rhein — natürlich unter ganz bestimmten Kautelen — folgen könnte, so wäre das wahrlich ein finanzieller Gewinn für die ganze Welt und zudem ein Beweis von Vernunft, den vielleicht auch Amerika respektieren würde. Aber leider sind wir von einer erfolgversprechenden Diskussion dieser Maßnahmen noch weit entfernt.

Immer wieder ist es jedenfalls Frankreich, das durch „neue Provokationen und Ungeklärtheiten den Wiederaufbau Europas erschwert und hinauszögert. Und dabei wird die harte Sprache der Tatsachen doch von Tag zu Tag vernehmlicher und lauter.

Wie es scheint, wird die heute oder morgen zu erwartende Entscheidung der Reparationskommission auf der Grundlage der Vorgesprächen und Beschlüsse von Cannes erfolgen, und zwar im ganzen in einem Sinne, der zweifellos schon ein besseres Verständnis der wahren Situation und vor allem der wahren Lage Deutschlands verrät. Eine Lösung der Reparationsfrage wird diese Entscheidung aber nicht bringen können, da sie wohl die Einschränkung des Notenumlaufs in Deutschland verlangt, jedoch keine gangbaren Wege weist, auf denen Deutschland ohne Anspannung der Notenpresse aus dem finanziellen Chaos herauskommen könnte.

Daß Deutschland inzwischen alles getan hat, um auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht den Anforderungen der Entente zu genügen, wird wohl auch von der Reparationskommission anerkannt werden. Und das Steuerkompromiß bzw. die gestern im Reichstag begonnene Beratung der neuen Steuerreformgebung beweisen unseren ehemaligen Gegnern am besten, daß wir ehrlich gewillt sind, unseren Verpflichtungen nach bestem Wissen und Gewissen nachzukommen. Eine weitere Erhöhung der Steuern aber ist für uns ausgeschlossen. Und die wirtschaftspolitisch gebildeten Politiker der Entente werden das auch längst eingesehen haben.

Wenn jetzt in französischen Blättern die deutschen Steuern als zu niedrig bezeichnet werden, so ist das wieder nichts anderes als ein grober Unfug, den man sich eben in Frankreich gerne leistet, um Deutschland zu schikanieren. Das deutsche Volk ist wahrlich an der Grenze dessen angelangt, was es aus eigenen Kräften tun kann. An der Entente ist es jetzt, um helfend zur Seite zu springen, wenn man nicht will, daß alle Anstrengungen der letzten Jahre doch noch mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott Deutschlands enden. Es ist erfreulich, daß neulich der Pariser „Temps“ betont hat, Frankreich selbst habe an diesem Zusammenbruch gar kein Interesse und müsse ihn zu verhindern suchen. Davon aber, daß diese Einsicht zum Leitmotiv für die französische Politik geworden wäre, hat man, von Ausnahmen abgesehen, noch wenig gemerkt. Es ist ein Treppenvieb der Weltgeschichte, daß gerade der Staat, der an sich das meiste Interesse an unserer Wiedergeburt hat, aus einer heinahe albern anmutenden Gefühlspolitik heraus praktisch diese Wiedergeburt immer wieder unmöglich macht.

#### Amerika gegen den französischen Militarismus.

Man schreibt uns:

Am 13. März veröffentlicht der „New York Herald“ in einem weiteren Artikel seines Washingtoner Korrespondenten, Frank S. Simonds, neue Aufklärungen über die Bedeutung der Note des amerikanischen Staatssekretärs Hughes, mit der die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua abgelehnt wird. Wenn in Frankreich bis jetzt nicht begriffen wurde oder nicht begriffen werden wollte, was Washington mit seiner Geste zu sagen gedachte, werden die neuen Veröffentlichungen in dem regierungsoffiziösen Organ

die Pariser Presse genügend belehren können. Schon die erste Feststellung ist sehr belangreich:

„Wenn die Note Hughes, die Ausschließung gewisser Fragen vom Genuaer Verhandlungsprogramm erwähnt, Fragen, die in Washington als grundlegend (essential) angesehen werden, bezog sich hier der amerikanische Staatssekretär nicht auf die Wiedergutmachungen, sondern auf die allgemeine Frage der Abrüstung zu Lande.“

Diese „allgemeine Frage“ wird dann von dem amerikanischen Journalisten nochmals in ungewöhnlicher Weise als die Ursache der amerikanischen Nichtbeteiligung in Genua beschrieben, so daß auf Grund der folgenden Ausführungen auch die letzten Zweifel in die wirkliche Bedeutung der amerikanischen Ablehnung schwinden dürften. „Die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten wurde sehr schwer aufgeregt durch die Ereignisse der Washingtoner Konferenz. Trotz eines gewissen Anscheinens von Erfolg am Ende der Konferenz kommt man um die Tatsache nicht herum, daß der amerikanische Vorschlag und Wiberwille stark befestigt und angespornt wurden sowohl durch die Erörterungen über die französische Armee, als auch jene über die Unterseeboote. Das Ergebnis ist, daß es schwierig sein würde, die Unterstützung der öffentlichen Meinung für die Beteiligung an irgend einer europäischen Konferenz zu erlangen, besonders wenn vorher angekündigt wird, daß Abrüstungen des Landheeres nicht zur Diskussion kommen könnten und wenn keine unmittelbare Aussicht besteht, daß kräftige Abstriche an den Heeresausgaben vorgenommen werden. Das Gros des amerikanischen Volkes ist zu der Überzeugung gebracht worden, daß von einem Wiederaufbau in Europa solange keine Rede sein kann, als in Europa keine Demobilisierung großen Maßstabes begonnen hat.“

Das sind amerikanische Bogenstriche gegen den französischen Militarismus, die, wenn sie auch noch nicht einen „Knock-out blow“ darstellen, doch sicher und ihre Wirkung nicht verfehlen werden. Europa wird nun bald genügend darüber aufgeklärt sein, daß es mit den feinerzeitigen „Erfolgen“ Briands auf der Washingtoner Konferenz nichts war und daß die Sabotagen von damals heute als typisches Beispiel einer feilen Tendenzmacher großen Stils gelten können. Die Aktien des französischen Ultrationalismus und besonders jene des Herrn Poincaré haben an der politischen Börse der Vereinigten Staaten nahezu den ganzen Kurswert eingebüßt.

#### Gemeindepolt. Rundschau.

##### Die Erstattung von Verwaltungsberichten.

Von Oberstadtssekretär Scheurmann, Wald (Mgl.).

Während vor dem Kriege die Mittel- und Großstädte wohl ausnahmslos und lebhaft Kleinstädte größtenteils den Bericht über die Verwaltungstätigkeit während des verfloffenen Jahres in schriftlicher Form niederlegten, hat manche Stadt während der Kriegs- und Nachkriegszeit von einer Drücklegung abgesehen. So ist denn vielfach, den gesetzlichen Vorschriften Genüge tuend, der Verwaltungsbericht von den Magistraten bzw. den Bürgermeistern mündlich erstattet worden. Das ist bedauerlich, denn erfahrungsgemäß wird bei der Bearbeitung eines mündlich vorzutragenden Berichtes nicht die Sorgfalt verwandt und kann derselbe auch nicht so eingehend zusammengestellt werden, wie das bei einem zu druckenden Bericht der Fall ist. Zudem werden die Stadtverordneten vieler in der Lage sein, die zur Beurteilung des Haushaltsplanes notwendigen Unterlagen und Schlussfolgerungen dem Material zu entnehmen, das sie schwarz auf weiß mit nach Hause nehmen können, als wenn sie einen Vortrag über die Verwaltung und den Stand der Gemeindegemeinschaften zu hören, ohne begrifflichermaßen das umfangreiche Zahlenmaterial im Gedächtnis aufnehmen und verarbeiten zu können. Aber gerade die Zahlen sind doch hier das Wesentliche. Die Zahlen des Verwaltungsberichtes, verbunden mit erläuterndem Text, bringen den Effekt der Verwaltungstätigkeit der Berichtsböden zum Ausdruck; der Haushaltsplan soll gestützt auf die gemachten Erfahrungen, die Wahrscheinlichkeitszahlen für das kommende Jahr vorsehen.

Die Tatsache, daß ein gedruckter Bericht zweckentsprechender ist, wie eine mündliche Berichterstattung, ist unbestreitbar. Wohl könnte man andererseits verschiedener Ansicht darüber sein, ob ein „vollständiger“ Verwaltungsbericht, namentlich in größeren Städten, überhaupt mündlich — das heißt innerhalb eines mehrstündigen Vortrages — erstattet werden kann. Mag dem sein, wie es wolle. Es steht leider fest, daß in den vergangenen Jahren die unruhigen Zeiten, die die Verwaltung fast täglich vor ganz neue Aufgaben von höchster Wichtigkeit und Verantwortung stellten, vielfach nicht die notwendige Zeit für diese Arbeit ließen. Nachdem jetzt aber die Verwaltungstätigkeit allgemein wieder in ruhiger Bahngesehtheit ist und der Betrieb auf einen Normalzustand zurückgeht — der allerdings nicht mit dem der Kriegszeit identisch ist — ist es Zeit, an die Erstattung von kommunalen Verwaltungsberichten zu denken. Diese Berichte dürfen sich natürlich nicht nur auf das letzte Jahr beschränken, sondern müssen eventuell den ganzen Zeitraum zusammenfassen, während

dem der Druck eines Verwaltungsberichts unterlassen worden ist — und das wird bei sehr vielen kleineren und mittleren Gemeindefest die Zeit von Kriegsanfang bis heute sein. Derartige, eine größere Zeitperiode umfassende Verwaltungsberichte, deren Zusammenstellung allerdings sehr zeitraubend und mühsam ist, haben den Vorzug, zugleich einen guten Vergleichenden Überblick über die Geschäfte der letzten Jahre zu geben und, sofern sie die Kriegsjahre mit umfassen, bedeuten sie auch eine Kriegs- bezw. Nachkriegschronik, die für die Ortsgeschichte um so größeren Wert hat, je sorgfältiger die Zusammenstellung erfolgt ist.

Mehrjahrenberichte in vorbildlicher Form haben zum Beispiel folgende Städte herausgegeben: Elbing (1913—1918); Erfurt (1913—1919); Hagen in Westf. (1914—1918) und Osterode (1913—1919).

Neuerdings gibt die Stadt Balb (Hild.) einen sogenannten „Jahresbericht“ heraus, der zugleich als Kriegschronik anzuspüren ist. Derselbe umfaßt das Decennium 1912 bis 1921. Derartige Verwaltungsberichte haben nicht nur örtliche Bedeutung, sondern andere Städte werden durch Vergleich fremder Lokalverhältnisse mit den eigenen manche Anregung und Belehrung schöpfen können. Es wäre daher seitens der Verwaltung anzustreben, daß ein recht lebhafter Austausch eingeleitet würde.

Die Stadt Balb tauscht den erwähnten Jahresbericht gegen ähnliche oder versendet ihn an Interessenten gegen Erstattung der Druckkosten. Leider gestattet es uns der Raum nicht, im einzelnen auf den sehr interessanten und inhaltreichen Balber Jahresbericht einzugehen. Es seien aber doch einige kurze Andeutungen gemacht.

Die Industriestadt Balb mit ihren 27 114 Einwohnern bildet gemeinsam mit den Nachbarstädten Solingen, Ohligs, Gräfrath und Hühlscheid den Mittelpunkt des weltberühmten rheinischen Klins und Stahlwarenindustriegebietes. Die Bevölkerung gehört größtenteils dem Arbeiterstand an. Die Stadtverordnetenmehrheit ist seit der Staatsumwälzung überwiegend sozialistisch.

Besonderes Interesse bietet das Kapitel: Einwirkung des Krieges und der Nachkriegszeit auf die Verwaltungstätigkeit, worin die mannigfaltigsten Kriegswohlfahrtsanstaltungen (Balb hatte u. a. ein Lazarett) sowie die kriegswirtschaftlichen Einrichtungen nicht den dadurch verursachten Ausgaben erörtert werden. Der Kriegsjahre ist besonders gedacht worden. Die Einrichtung des neuen Wohlfahrtsamtes, das städtische und private Wohltätigkeit zu einem Ganzen vereint, bildet ein Gebiet für sich. Sodann ist neben der Entwicklung der städtischen Unternehmungen, des Gas- und Wasserwerks, der Sparkasse und des neuen Krankenhauses die Rede von den nach dem Kriege städtischerseits in eigene Regie genommenen Erwerbszweigen (Zubehör, Schreinerei, Mauerhandwerk usw.).

Gingewiesen sei auch darauf, daß Balb innerhalb der besetzten Gebiete (Brückentopf Köln) liegt und in dem Bericht recht klar der Druck und die Kosten der fremdbändischen Besatzung zum Ausdruck kommen. Die Wohnungsnot, die sich allseitig bemerkbar macht, ist in Balb in einer ungeahnt fraglichen Form zutage getreten. Das erklärt sich aus dem Umstande, daß die werktätige Industriebevölkerung schon vor dem Kriege — damals allerdings freiwillig — räumlich viel zu eingeschränkt wohnte und auch von rationierbaren Willen mit Brunkemächern, wie man sie in Badoorten und dergl. antreffe, kaum die Rede sein kann. Beim Zurückströmen der Truppen brach das gefürchtete Schredgespenst der Wohnungsnot katastrophal herein. Die Verwaltung bemühte sich helfend einzugreifen und so entstanden denn in den letzten Jahren mit einem Kostenaufwand von 8 000 000 Mark zwei größere Siedlungen mit 111 Wohnungen. Die Steuerverhältnisse sowie die Vermögens- und Schuldenverhältnisse, die gleichfalls eingehend besprochen sind, bieten für den Gemeindepolitiker wertvolle Unterlagen. Die Übersichten über die Bevölkerungszahlen und den Personenstand der letzten zehn Jahre, die Darlegungen über die Verwaltung und Vertretung der Stadt Balb sowie die Erörterung der durch die Kriegs- und sonstigen Verhältnisse nicht zur Ausführung gelangten Projekte (zum Beispiel Plan der Zusammenlegung der Städte Solingen, Balb, Ohligs-Gräfrath-Hühlscheid zu einer Großstadt; Bau weiterer Straßenbahnlinien; Volksbadanstalt usw.) seien hier nur erwähnt.

Der ganze Bericht ist systematisch aufgebaut und wird sicherlich auch auf andere Verwaltungen anregend wirken.

Politische Neuigkeiten.

Das neue Pariser Finanzabkommen.

Die bisherigen Veröffentlichungen über die Abmachungen, die auf der Pariser Konferenz der Finanzminister getroffen wurden, ließen die neuen Festlegungen nicht in allen Einzelheiten klar erkennen. Es dürfte daher, so schreibt die „Frkf. Ztg.“, angezeigt sein, die gefassten Beschlüsse, soweit sie nicht die Empfehlungen an die Reparationskommission betreffen, noch einmal zu registrieren und sie zu ergänzen nach der Darstellung, die der offenbar gut unterrichtete Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt. Das Ergebnis ist danach folgendes:

1. Die Kosten der Mobilisierung der französischen Jahresklasse 1919 im Mai letzten Jahres, etwa 190 Millionen Francs, werden von Deutschland getragen (dieser Punkt wurde in Cannes nicht behandelt).

2. Verteilung der ersten deutschen Milliarde: 500 Millionen Mark gehen an England für Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921; 140 Millionen Mark an Frankreich für den gleichen Zweck; 170 Millionen Papierfr. an Italien; der Rest an Belgien zur Berechnung auf die Priorität. Erst nach der Befriedigung der belgischen Prioritätsrechte sollen England und Frankreich die Differenz zwischen den wirklichen Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 und der jetzt festgesetzten Summe von 500 bzw. 140 Millionen erhalten.

3. Saargruben: Deutschland soll ein Gegenwert von 300 Millionen Mark auf Reparationskonto aufgeschrieben werden. Den genauen Wert hat die Reparationskommission zu ermitteln. Sollte ein höherer Wert als 300 Millionen festgelegt werden, so ist der Überschuss auf die Bous der Serie C zu berechnen.

4. Sachleistungen (von der Reparationskommission angefordert): Frankreich erhält 65, die übrigen Verbündeten zusammen 35 Prozent.

5. Wiesbadener Abkommen: Begrenzung auf drei Jahre (wie in Cannes); der überschüssende Wert der Naturalleistungen, der Frankreich nach Punkt 4 zugewandten 65 Prozent Naturalleistungen um nicht mehr als 350 Millionen in diesem Jahr und 750 Millionen in den beiden folgenden Jahren übersteigen.

6. Besatzungskosten ab 1. Mai 1922 (in Devisen des betreffenden Landes zu zahlen): Belgien 102 Millionen Francs, England 2 Millionen Pfund, Frankreich 460 Millionen Francs.

7. Kohlenpreis: Frankreich wird mit dem deutschen Inlandspreis belastet; Italien soll ebenso behandelt werden.

Wie der „Temp“ mitteilt, haben der französische, der englische, der italienische und der belgische Finanzminister das

Hohen-Memorandum vom 10. März, das die Ansprüche der Vereinigten Staaten auf Ersatz ihrer Besatzungskosten geltend machte, schriftlich dahin beantwortet: 1. daß sie von dem Memorandum Kenntnis genommen hätten, 2. daß in das interalliierte Finanzabkommen vom 11. März eine Bestimmung aufgenommen worden sei, in der die Rechte der Vereinigten Staaten vorbehalten würden, 3. daß die Finanzminister für die Regelung der Frage nicht zuständig seien, diese vielmehr an dem Kompetenzbereich der alliierten Regierungen gehöre. Mit diesen müsse die Regierung von Washington darüber verhandeln.

Eine neue Beschwertenote.

Der französische Botschafter überreichte gestern dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rathenau, gleichzeitig im Namen der Botschafter Englands, Japans und Italiens und des belgischen Gesandten eine Kollektivnote, in der auf eine „widerrechtliche Haltung“ hingewiesen wird, die die deutschen Behörden in den letzten Monaten gegen die interalliierte Militärkontrollkommission eingenommen haben sollen. Dies beziehe sich namentlich auf Mitteilungen, der eine Einschätzung des Wertes der Entlohnung gestatteten Urkunden, regelwidriges Streifen Zusammenbringen gewisser Seereschiffszweige, Mitteilung der von den Bändern zur Umbildung der Polizei getroffenen Maßnahmen. Die Note fordert die deutsche Regierung auf, Praktiken ein Ende zu machen, die selbst wenn von untergeordneten Behörden begangen, doch unter die Verantwortung der Regierung fallen. Das Interesse Deutschlands in finanzieller Hinsicht erheische zudem, die alliierten Körperschaften instand zu setzen, so schnell als möglich sich ihrer Aufgabe zu entledigen. Die alliierten Mächte gäben darauf, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen ergreife, um die Tätigkeit der Kontrollkommission in den Weg gelegten Hemmnisse verschwinden zu lassen.

Die Schuldfrage

folle, so schreibt die „Frankf. Ztg.“ eine Gewissensfrage für alle Völker sein. Dennoch gibt es in dem ehemals feindlichen Ausland nur wenige Menschen, die sich ernstlich mit ihr beschäftigen. Unter diesen ist in erster Linie E. D. Morel, der Herausgeber der Zeitschrift „Foreign Affairs“, zu nennen. Dem mutigen Kämpfer für Wahrheit und Recht wird nicht viel Lohn für seine Bemühungen zuteil. Aber umso höher ist die Anerkennung einzuschätzen, die er gelegentlich findet. In dieser Hinsicht ist ein Brief beachtenswert, den Morel von Zetan Rosen, dem früheren russischen Botschafter in Tokio, erhalten hat. Darin heißt es:

„Nachdem ich gerade Ihren Brief vom 20. Oktober an „The Nation and the Athenaeum“ gelesen habe, in dem Sie der Meinung Ausdruck geben, daß die Legende von dem deutschen Anschlags, Deutschlands Herrschaft in Europa aufzurichten, verantwortlich ist für die Aufsetzung des „Versailler Vertrags“, genannten ungeheuren Strafmehanismus und daß das Dogma von Deutschlands einseitiger Verantwortlichkeit für den Krieg in internationaler Beziehung das ist, was der Fall Dreyfus in nationaler Beziehung für das betreffende Volk war, kann ich der Versuchung nicht widerstehen, Ihnen zu versichern, daß ich mit diesen Ansichten völlig übereinstimme und daß, solange ich nicht von der ganzen Welt, einschließlich gewisser deutscher Parteien, angenommen werden, ein wirklicher Friede in Europa nicht möglich sein wird.“

Kein Bagajist ist es, der so schreibt, sondern ein ehemaliger Ententesdiplomate, der an verantwortlicher Stelle gearbeitet hat, als der Krieg ausbrach, der also sehr wohl wissen muß, was er sagt. Sein Zeugnis sollte auch von den Ententesdiplomaten beachtet werden.

Um den Reichspräsidenten.

Zur Frage der Präsidentenwahl schreibt Dr. Richard Bahr in einem von verschiedenen, mehr rechtlich gerichteten Blättern wiederergegebenen Artikel:

„Es ist ungefähr ein Jahr her, daß man zum letzten Mal über die Notwendigkeit sich unterhielt, dem Deutschen Reich oder auch der Deutschen Republik, wie man will, einen neuen Präsidenten zu füren. Damals waren Kräfte am Werk, die gern den Fürsten Bülow an diesen Platz gesetzt hätten und so machte man, wie man es in den geruchameren Zeitaläufen der Monarchie aufzustellen pflegte, wenn eine sogenannte „Frage“ aufs Tapet gebracht werden sollte: der eine war der Ball, ein anderer fing ihn auf, hernach auch der dritte und vierte und schließlich war die Erörterung munter im Gange. Bis dann, weil es sich eben um Wache handelte, die ganze Diskussion genau so unmotiviert und plötzlich, wie sie entstanden war, wieder verstummte. Als man im Vorjahr sich erst recht klar geworden war, daß die Kreuzenmalen 2/3 des deutschen Volkes ausreichend aufwühlten würden, erfolgte das stürmische Verlangen nach einem neuen Reichspräsidenten und der Fürst Bülow, der seit 1918 manchen leise inspende Hoffnung hatte begraben müssen, senkte auch diese mit weltmännischem Lächeln in die Wobergruft.“

Es ist nicht ganz leicht zu sagen ob es sich diesmal um eine ernsthaftere Bewegung handelt. Herr Dr. Hergt und seine jungen Leute in der Presse reden von einer „ärglichen Unruhe, die durch die Nation gehe“, aber sie reden etwas untermittelt von ihr. Wer sich Mühe gibt, ein wenig ins Volk hineinzuhören kann dort zwar auf vielerlei Sorgen stoßen, auf feilsche Qualen bis zur Autlosigkeit u. völligen Vermürbung, aber daß den Leuten just die Präsidentenschaft Friedrich Ebert's zu Herzen geht, ist mit bloßem Auge eigentlich nicht wahrzunehmen. Eine, nach anfänglichem Schwanken, reibungslos abgelaufene Wahl, wie vor Jahr und Tag im stammverwandten Österreich, scheint schon weil man an den Volkseinstimmig appellieren muß, bei uns leider ausgeschlossen zu sein. Über einen so glücklichen Bewerber, vor dessen Persönlichkeit schließlich jeder Widerstand verstummte, verfügen wir offenbar nicht und es gibt viele, die meinen: man könnte unter jetzigen Umständen zur Not es ja auch lassen, wie es war und wie es ist.“

Willing wird zu sagen sein, daß Herr Ebert gar nicht so übel seinen Mann gestanden hat. Selbstverständlich hat auch er nicht über seinen Schatten zu springen vermocht. Aber schneller und gründlicher als andere, die der Novembersturm emporkirbelte, hatte er seine Haltung gefunden und gerechtere Weise wird ihm zu bescheinigen sein: er ist mit seinem Amt und in ihm von Monat zu Monat gewachsen. Kein Genie, aber ein redlicher und tatkraftvoller Verwalter des ihm anvertrauten Güts. Dazu, obgleich von ihr extoren und auf den Schild gestellt, kein Parteipräsident. Früher als die ihm politisch und persönlich nahestehenden hat Herr Ebert erkannt, daß auf die schaffende Mitarbeit der wertvollen Kräfte, die in der Deutschen Volkspartei umschlossen sind, sich nicht verzichten ließe. In solcher Erkenntnis ist er, was seiner Objektivität und seinem Tatsachensinn alle Ehre macht, auch seither nicht irre geworden. Alles in allem: es hat dem Gemeinwohl nicht geschadet, daß ein Sozialdemokrat von den Qualitäten des Herrn Friedrich Ebert mit der höchsten Würde der Republik betraut ward. Und, möchte man hinzufügen, es wird uns auch nichts schaden, falls diese Betrauung im Herbstsommer verlängert werden sollte. Denn darauf wird es, wie die Dinge liegen, am Ende doch wohl hinauslaufen. . .“

In der gestrigen Sitzung wurde der Gesekentwurf über die Rühigungsbeschränkung zugunsten Schwerbeschäftigter in allen drei Lesungen angenommen. Weiterhin erfolgte die Annahme des Gesekentwurfs über das Branntweinmonopol.

Bei der ersten Beratung eines Gesetzesentwurfes über Änderungen des Finanzwesens (Mantelgesetz) erhielt zunächst Reichsfinanzminister Dr. Gernes das Wort. (Andererseits Zwischenrufe der Kommunisten und Unabhängigen. Aufse rechts: Nibel Präsident Roede: Sie wissen doch, daß die Angelegenheit, auf die Ihre Zwischenrufe anspielen, von einem Ausschuss des Reichstags erledigt wird.) Deutschland belastet seine Wirtschaft härter, als irgend ein anderes Land. Das wird auch im Ausland anerkannt. Leider wird in Frankreich noch in der Kammer behauptet, Deutschland wäre weniger belastet als Frankreich. Man muß sich von der Phantasie des Krieges frei machen, um diese Dinge endlich ruhiger zu beurteilen. Durch die Steuererhöhungen der Gewandlung unseres Wirtschaftslebens nicht gefährdet werden, und dieses Ziel haben wir erreicht. (Rufen auf der äußersten Linken.) Die neuen großen Beiträge werden erst 1923 verlangt werden. Bei den anderen Steuern handelt es sich nur um Erhöhungen, die keine neuen Apparate erfordern. Das Kompromiß hat Klarheit geschaffen über die Beiträge. Die Zwangsanleihe wird in allernächster Zeit durch ein besonderes Gesetz übergestellt werden. Die Auguststeuer wird in Kürze einer Umgestaltung unterzogen werden. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern haben wir uns im wesentlichen auf Erhöhungen beschränkt. Das Kohlensteuergesetz muß bis Ende dieses Monats erledigt werden. Gernes schließt, die Behauptung, daß Deutschland selbst auf Entwertung seines Geldes hinarbeite, ist unfundiert. Eine Besserung des Marktfurses kann nur von außen erfolgen durch eine vernünftige Begrenzung unserer Leistungen aus dem Friedensvertrag. Was durch die Steuererhöhungen zur Gewandlung unserer Finanzen geschehen kann, liegt Ihnen zur Beschlußfassung vor. Die oberste Kohlenproduktion ist uns zum größten Teil, die Kupfer- und Zinnproduktion gänzlich verloren gegangen. Niesenoper hat das deutsche Volk getragen, und doch sind die fälligen Zahlungen pünktlich geleistet worden. Von Stunde zu Stunde warten wir auf eine erträgliche Gestaltung der Zahlungsverpflichtungen. Öffentlich kommt es bald. Rechner schließt mit dem Appell, die Steuererhöhung möglichst bald anzunehmen, damit die Steuerquellen bald zu fließen beginnen. Scheitern die Bemühungen, wieder ein gutes Verhältnis zwischen den Völkern zu schaffen, so ist das nicht die Schuld des deutschen Volkes (Lärmende Zurufe auf der äußersten Linken, ostentativer wiederholter Beifall im Zentrum).

Hg. Bernstein (Soz.): Die Zustimmung zu den neuen Steuererhöhungen ist uns nicht leicht geworden (Lachen links). Aber jeder, der die Verantwortung trägt, muß auch die Notwendigkeiten Rechnung tragen. Die Lasten des deutschen Volkes sind unendlich, aber sie müssen getragen werden, wenn wir nicht durch den Zusammenbruch noch größere Lasten auf uns laden wollen. Bei den Schwerepunkten zugreifen, ist Gebot der Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit. Die Feuerung hängt nur von dem Stande der Wälsche ab. An eine völlige Befreiung der Zwangswirtschaft kann jetzt nicht gedacht werden. Verbrauchssteuern sind uns durch das Londoner Ultimatum ausdrücklich vorgezeichnet. Ohne ein Kompromiß waren die Steuern aber nicht zu erlangen. Werde die Auflösung des Reichstages notwendig, so werde die Sozialdemokratie auf dem Vollen sein. Sie lehne es aber ab, auf die Auflösung hinzuwirken. Die Zwangsanleihe sei zur Verringerung des Notenumlaufs notwendig; über ihre Form wird aber noch zu verhandeln sein.

Dr. Helfferich (D. Nat. Vp.). Durch die Rede Bernsteins wird bestätigt, daß die zahlreichen Väter dieses Landes mit trauriger Miene um die Wiege herumsitzen. Wir lehnen das Mantelgesetz ab, nehmen aber für uns in Anspruch, im Ausschuss gründliche und positive Arbeit geleistet zu haben. Wir machen keine Politik der Verärgelung über der Negation. Denken im Lande versteht man uns, da liegt unsere Zukunft. Niemand von uns verleugnet den bitteren Zwang, alle Steuerquellen bis zur Grenze des Möglichen in Anspruch zu nehmen. Aber selbst durch das Kompromiß kann die Politik der Erfüllung nicht befriedigt werden. Eine Gewandlung kann nur kommen in der Wiederherstellung der Staatsautorität, Ordnung und Sparlichkeit in den Reichsbetrieben ist sonst nicht denkbar. Die Reparationssumme muß der Leistungsfähigkeit Deutschlands anangepaßt werden. Redner polemisiert im weiteren gegen den Reichsanwalt und die Sozialdemokratie und erklärt zum Schluß: Auch die Zwangsanleihe wird ohne Zweck und Nutzen in den Taschen des Volkes der Reparation hineingeworfen. Mit dieser Erfüllung muß endlicher Schluß gemacht werden.

Weiterberatung Freitag nachmittag 1 Uhr.

Die Beamten im Reichsetat.

Nach einer Übersicht über die Zahl der planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten sowie der nichtbeamteten Hilfskräfte im Reichsdienst, die dem Reichstag, dem Finanzminister sowie vorgelegt worden ist, verteilen sich die im Reichsdienst tätigen Personen auf die einzelnen Verwaltungen in folgender Weise:

	Planmäßige Beamte	Außerplanm. Beamte	Nichtbeamt. Hilfskräfte
Reichspräsident . . . . .	18	—	18
Reichstag . . . . .	104	13	230
Reichslandtag . . . . .	46	7	18
Auswärtiges Amt . . . . .	1 140	462	1 432
Reichsministerium d. Innern . . . . .	2 850	1 484	2 049
Reichswirtschaftsministerium . . . . .	917	230	3 388
Reichswirtschaftsrat . . . . .	15	—	67
Reichsarbeitsministerium . . . . .	10 423	2 365	28 861
Reichswehrministerium . . . . .	4 575	230	8 085
Reichsjustizministerium . . . . .	1 157	209	213
Reichsfinanzministerium . . . . .	1 142	58	582
Reichsverkehrsministerium (Abt. f. Wasserfragen usw.) . . . . .	786	38	205
Reichsernährungsminister . . . . .	666	53	242
Reichsrechnungshof . . . . .	266	9	22
Reichsfinanzministerium . . . . .	63 234	4 377	21 475
Wiederaufbauministerium . . . . .	1 345	556	5 466
<b>Summe der beschäftigten Personen der allgem. Reichsverwaltung . . . . .</b>	<b>88 704</b>	<b>10 091</b>	<b>72 353</b>
In den Betriebsverwaltungen verteilen sich die im Reichsdienst beschäftigten Personen folgendermaßen:			
Reichspostministerium . . . . .	252 844	60 905	66 406
Reichsdruckerei . . . . .	223	—	9 205
Reichsbahn . . . . .	401 581	53 485	541 989
<b>Summe der in den Betriebsverwaltungen beschäftigten Personen . . . . .</b>	<b>654 648</b>	<b>114 390</b>	<b>617 600</b>

Im ganzen sind im Reichsdienst beschäftigt 743 352 planmäßige Beamte, 124 481 außerplanmäßige Beamte u. 689 953 nicht beamtete Hilfskräfte.

Der Gesamtwert (in Millionen Mark) einschließlich der Teuerungszulagen verteilt sich im Haushaltsplan folgendermaßen:

	Bedarf für planmäßige Beamte	Bedarf für nicht planm. Beamte	Bedarf für nichtbeamete Hilfskräfte
Allgemeine Reichsverwaltung	3651,73	416,51	1993,91
Betriebsverwaltungen	20589,02	2686,84	15039,21
Summe	24240,76	3103,36	17033,12

Die Gesamtaufwendungen des Reiches für planmäßige und außerplanmäßige Beamte sowie nichtbeamete Hilfskräfte einschließlich der vertraglich Angestellten und Betriebsarbeiter betragen also im Haushaltsplan 1922 44 377,23 Millionen Mark.

### Neue Eisenbahntarifserhöhungen.

Das W. L. B. berichtet unterm 13. März aus Berlin: Die Preiswelle, die zurzeit durch Deutschland geht, läßt auch die Reichsbahn nicht unberührt. Die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise wird nach den bisherigen Schätzungen allein die jährlichen Kosten der Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922 um rund 13 Milliarden Mark erhöhen. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter und Löhne wird ihrer Höhe nach eine noch nicht feststehende Vermehrung der persönlichen Kosten im Gefolge haben. Die Reichsbahn muß daher wie jeder Wirtschaftsbetrieb demnächst zu Tarifserhöhungen übergehen. Die Zahlenangaben, die in einem Berliner Abendblatt über die Höhe der im einzelnen erwachsenden Ausgaben und über die Höhe der beabsichtigten Tarifsteigerung enthalten sind, sind nicht zureichend und beruhen nicht auf amtlichen Informationen. Die Angelegenheit befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Bestimmte Beschlüsse konnten schon deshalb noch nicht gefaßt werden, weil die Beratungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne erst heute zu Ende gehen. Sobald das Ergebnis der Beratungen bekannt ist, wird die Öffentlichkeit umgehend informiert.

### Die Berliner reaktionären Ausschreitungen.

Aber die schon gemeldeten Ausschreitungen, die am Sonntag in Berlin stattfanden, berichtet die Berliner „Volkzeitung“: Die Massendemonstration des „Kartells des gewerblichen Mittelstandes“ im Lustgarten wurde gewiß gegen den Willen vieler Teilnehmer — es befanden sich darunter viele Sozialisten und Kleinhändler, die sicherlich auf demokratischem Boden standen oder parteipolitisch neutral sind — zu einer antisemitischen reaktionären deutschnationalen Demonstration. Von mehreren Stellen im Lustgarten sprachen Redner gegen die Überlastung des Mittelstandes mit Steuern aller Art. Neben Rednern der „Wirtschaftspartei“ sprachen auch deutschnationale u. völksparteiliche Parteimitglieder, die diese Massenversammlung in ihrem parteipolitischen Sinne ausbeuteten. Auf der Treppe des Alten Museums hatte einer sogar die schwarzweißrote Fahne — die jetzt von der Reaktion als Parteifahne gebraucht wird — gehißt und die Deutschnationalen ließen Druckschriften verbreiten, in denen für ihre Partei geworben wurde. Trotzdem verlief diese Versammlung im Lustgarten noch ziemlich in Ordnung. Am Schluß kam es jedoch zu Zwischenfällen, die als Frucht der deutschnationalen antisemitischen Propaganda gewertet werden müssen. Als ein Teil der Versammelten die schwarzweißrote Fahne der Reaktion mit lautem Beifall begrüßte, gaben große Mengen der übrigen Teilnehmer ihrem Mißfallen über diese reaktionäre Parteidemagogie in jeglicher und lautester Weise Ausdruck. Schließlich gelang es den Ordnern, die deutschnationalen Seher zum Abzug zu zwingen. Unter dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ — ebenfalls ein Mißbrauch der Dichtung des demokratischen Dichters Hoffmann v. Fallersleben — räumten sie das Feld, nicht aber, um nach Hause zu gehen, sondern um anderwärts ihre deutschnationale und antisemitische Rabauarbeit fortzusetzen. Ein Teil dieses Trupps, der sich unterwegs Verstärkungen holte, traf kurz nach 3 Uhr nachmittags auf dem Kurfürstendamm ein. Voran schritt ein Mann mit der schwarzweißroten Fahne. Der Zug wollte den Kurfürstendamm hinunter zum Bahnhof Halensee. Unterwegs wurden Straßensperren jüdischen Aussehens belästigt und geschlagen. Ein Wächter der Schutzpolizei trat dem Zuge entgegen. Er forderte auf, sich ruhig zu verhalten und den Zug aufzulösen. Der Aufforderung wurde aber nicht nur keine Folge gegeben, sondern die Menge drang auf den Wächter ein. Mit Mühe gelang es ihm, sich der Angreifer zu erwehren und einen Hauptstreifer festzunehmen und nach der Wache in der Rommelfstraße zu bringen. Der Zug folgte mit lautem Hohn und anlagerte die Polizeiwache. Die Wache war nur schwach besetzt und hätte sich gegen die auf 1200 Mann angewachsenen Rabaukrüher nicht durchsetzen können. Deshalb erbat die Wache telefonisch die Entsendung einer Verstärkung, die bald in einem Lastauto erschien. Daraufhin zerstreute sich die Menge. Mit diesen Meldungen hatten aber die Deutschnationalen noch nicht genug. Unmittelbar darauf bildete sich auf dem Kurfürstendamm ein neuer Zug, in dem wieder eine schwarzweißrote Fahne aufstach. Von der Wache in der Rommelfstraße wurden diesem Zuge zwanzig Polizeibeamte entgegen geschickt. Als sie versuchten, den Fahnenzug festzunehmen, rief der Mann das Fahnenstück herunter und ergreift mit der linken Fahnenstange die Flucht. Ein Wächter wollte ihm nachgehen. Um ihn daran hindern, wurde er von einer Gruppe umdrängt. Der Wächter kam zu Fall, und unter wilden Schreien, wie „Schlagt den Hund tot! Haut ihn!“ kürzten sich die Schandmaldruck auf den Beamten, der in dieser höchsten Not seine Dienstpistole hervorholte und vier Schüsse abgab. Erst jetzt ließen die antisemitischen Soldaten von ihm ab und flüchteten in alle Richtungen. Der Fahnenzug war inzwischen von Straßensperren festgenommen worden und wurde mit zehn anderen Personen, die an dem Überfall auf den Beamten teilgenommen hatten, nach der Polizeiwache gebracht. Der Fahnenzug wurde auf der Wache als ein zwanzigjähriger Streifer festgestellt. Durch die Schüsse ist niemand verletzt worden.

Ein Augenzeuge gibt in der „B. Z.“ am Mittag über diese antisemitische Räderei folgenden Bericht: „Ich befand mich gegen drei Uhr auf der Tauentzienstraße, als der Zug der schreienden Demonstranten vom Kaufhaus des Westens heranzog. Es waren etwa 200 bis 300 junge Leute mit alten Militärmützen, Trillerpfeifen und Sakenträgern. Voran schwebte die schwarzweißrote Fahne. Ununterbrochen schrien sie mit heiserer Kehle: „Hurra, hurra, haut die Juden tot!“ Zwischen durch wurden Autos, Straßenbahnwagen und Droschken angerepelt. Als ein Schutzpolizist einschreiten wollte, lösten Trillerpfeifen, und eins, zwei, drei, war der Ordnungsmann umzingelt. Passanten, die dem Bedrohlichen zu Hilfe eilen wollten, wurden geschlagen. Ein alter Mann von 60 Jahren erhielt einen empfindlichen Schlag auf den Kopf. Wir schrie ein Zweiwundwanzigjähriger zu: „Verdammt Judenunge, laßt gleich ein paar vor'n Ballon kriegen, Laufesunge!“ Als ein harmloser Bürger von dem Geschrei ans Fenster gelockt wurde, brüllte der ganze Chor: „Juden raus!“ In der Fasanenstraße padte ein Schutzpolizist die lautesten

Kraker am Stragen und konfigierte die schwarzweißrote Fahne. Wieder erschollen Trillerpfeifen, Schmähen. Abermals wurden Stöße erhoben. Willäufig in Prozessionsform wurden lästlich. Der Beamte zog seinen Revolver. Neues Geschrei: „Wir sind doch keine Kommunisten!“ Jetzt erhielt der Beamte Verstärkung. Die Hauptstreifer wurden gefaßt. Auf der Marmosa-Wache wurden wir alle als Zeugen vernommen. Dort zeigten sich die Demonstranten in ihrer Größe. Sie „wußten von nichts“. Bei der Namensfeststellung zeigte sich, daß fünf der Hauptstreifer noch nicht über 22 Jahre alt waren. Unterdessen fuhr draußen ein Bachkommando vor und säuberte die Gegend.“

### Keine Schweizerischen Kredite mehr auf deutsche Lebensversicherungen.

Der schweizerische Bundesrat beschloß: 1. Den nachstehenden deutschen Lebensversicherungen: Atlas, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft in Ludwigshafen-Rhein, Konordia, Lebensversicherungs-Gesellschaft in Köln, Germania, Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G., Stettin, Gothaer Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G. in Gotha, Karlsruher Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G. in Karlsruhe, Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G. in Leipzig, Stuttgarter Lebensversicherungs-Gesellschaft A.-G. in Stuttgart, Teutonia-Leipzig, Niederlassung der Norddeutschen A.-G. in Leipzig werden Zulassung für Rückkäufe und Beihilfen für Poligen ihres schweizerischen Versicherungsbestandes bis auf weiteres unterlagt. Der Beihilfen gleichgültig ist die automatische Aufrechterhaltung der Versicherungen in voller Höhe bei Einstellung der Prämienzahlungen. 2. Das Verbot findet auch Anwendung auf Verkäufe und Versicherungsabgaben, die den Gesellschaften vor diesem Erlass eingereicht wurden. 3. Das Verbot tritt sofort in Kraft.

### Badische Uebersicht.

#### Badischer Landtag.

##### Der Haushaltsausschuß zum Unterrichtsbudget.

Am Mittwoch abend begann im Haushaltsausschuß die Beratung dieses umfangreichen Voranschlags. Der Berichterstatter Abg. Strobel bemerkt einleitend, daß der Voranschlag äußerst sparsam aufgestellt sei, es ersehe ihm aber fast fraglich, ob wir auf die Dauer die drei Hochschulen in Baden finanziell halten können. Der Kultusminister bemerkt hierzu, daß er an diese Möglichkeit glaube, ohgleich die Schwierigkeiten außerordentlich groß seien. Der Berichterstatter fordert weiter, daß die Bedeutung der Volksschule auch im Unterrichtsministerium selbst durch die Zahl der Referenten und die Höhe ihrer Einstufung in die Besoldungsordnung entsprechend zum Ausdruck kommt. Der Kultusminister erwidert entsprechende Zusage, nachdem auch ein demokratischer Redner sich dafür eingesetzt hatte. Im allgemeinen nahm die Debatte den folgenden Verlauf:

Es lagen zunächst verschiedene Eingaben vor, die, wie früher ähnliche Eingaben, der Regierung zur Kenntnis überwiesen wurden. Bei den klinischen Anstalten der Universität Heidelberg wurde hingewiesen auf die große Überfüllung des dortigen akademischen Krankenhauses; ein demokratischer Redner fragte, ob nicht die umliegenden Gemeinden, deren Angehörige dieses Krankenhaus ebenfalls stark frequentierten, zu finanziellen Leistungen herangezogen werden. Der Kultusminister erklärte, dazu sei ein besonderes Gesetz notwendig. Mehrere Abgeordnete machten noch darauf aufmerksam, daß dann fast die sämtlichen Gemeinden Badens, die staatliche Krankenhäuser in Anspruch nehmen, herangezogen werden müßten.

Ein Zentrumsabgeordneter bringt die Forderung eines Arztes der Universitätsklinik Freiburg vor, der für die Operation einer Milchhändlerfrau 5300 Goldmark verlangt hat; er wandelte sie auf Reklamation dann um in 53 000 Papiermark. Der Kultusminister will die Angelegenheit untersuchen; auch ein deutschnationaler Abgeordneter hatte ein Vorgehen gegen diese hohe Forderung verlangt. Ein deutschnationaler Redner wünscht, daß namhafte Vertreter der Wissenschaft an die badischen Hochschulen gebracht werden. In diesem Zusammenhang wird von der Regierung mitgeteilt, daß Amerika dankenswerterweise dem badischen Hochschulen für das Jahr 1922/23 Beiträge bis zu 100 000 M., die Schweiz 250 000 M. überwiesen hat. Das Studium sei zurzeit sehr teuer.

Ein deutschnationaler Redner regt an, die Studenten aus balutastarken Ländern finanziell stärker heranzuziehen. Es wird ihm von der Regierung erwidert, daß das Studium der Ausländer an sich stark eingeschränkt sei. Verlangt wird von Zentrumsseite eine Statistik über die Handarbeit, welche Studenten in ihrer Freizeit leisten, um sich etwas zu verdienen und sich das Weiterstudieren zu ermöglichen; die Regierung sagt die Vorlegung für das nächste Vierteljahr zu.

Bei der Position Fachtlehrer und Messuren teilt auf Anfrage der Unterrichtsminister mit, es würden jetzt weniger Messuren wie vor dem Kriege geschlagen. Die Studenten hätten dazu auch keine Zeit, denn sie müßten arbeiten, wenn sie auf den Universitäten vorwärts kommen wollten. Er, der Minister, habe Maßnahmen dagegen ergriffen, daß auf den technischen Mittelschulen sich das Messuren schlagen nicht breit mache.

Bei der Position Volkshochschulkurse wurde u. a. verlangt, daß mehr das Lichtbild herangezogen werde. Dadurch würden die Aufführungen und Vorträge lebendiger gestaltet. Die Anregung fand allgemeine Zustimmung.

#### Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren. Alle von der Eisenbahndirektion Altona im Februar zur Beförderung von Frachten nach Grohburg erteilten Zulassungsgenehmigungen sind ungültig. Verboten ist Annahme von Frachtaufstellungen nach Weener Ort und Übergang Neuschön-Golland.

### Aus der Landeshauptstadt.

#### Aus der Stadtratsitzung vom 15. März.

Der Eintritt in die Tagesordnung widmete der Oberbürgermeister dem am 14. d. Mts. unerwartet dahingeschiedenen früheren langjährigen Mitglied des Stadtratskollegiums, Fabrikanten Leopold Kieß, Worte ehrenden Gedenkens. Er hob dabei seine vielfachen Verdienste hervor, die er sich in seiner Eigenschaft als Stadtrat, Mitglied zahlreicher städtischer Kommissionen, als Inspektor des städtischen Rheinhafens, ferner als Vorsitzender des Karlsruher Verkehrsvereins und in zahlreichen anderen öffentlichen Ämtern um das Wohl und Gedeihen der Stadt Karlsruhe erworben hat. Zum Zeichen des Einverständnisses erhoben sich die Mitglieder des Kollegiums von den Sitzen. Der Stadtrat hat den Hinterbliebenen sein herzlichstes Beileid zum Ausdruck gebracht und einen Lorbeerkranz an der Bahre des Verstorbenen niederlegen lassen. Die Teilnahme an der Beisetzungsfeier mußte er sich leider verjagen, weil sie nach dem Wunsch des Entschlafenen in aller Stille stattfinden soll. Das Bildnis des Herrn Kieß soll der diesjährigen Stadtschronik eingefügt werden.

Süddeutsche Musterausstellung. Zwei Räume der städtischen Ausstellungshalle werden zunächst auf die Dauer eines Jahres Herrn Kaufmann Emanuel Weg, hier, zur Einrichtung einer süddeutschen Musterausstellung (Sonneberger Kuppen, Christbaumstaud, thüringische und erzgebirgische Nürnberg-Fürther Spielwaren, Kurz- und Galanteriewaren, Haus- und Küchengeräte, Korbmwaren, Schreibrwaren u. dgl.) mietweise zur Verfügung gestellt. In der Ausstellung werden Aufträge von Großisten angenommen, ein Detailverkauf ist ausgeschlossen.

#### Nächtlicher Raubüberfall.

DZ. Über einen Raubfall meldet der Polizeibericht: In der Nacht zum 14. d. M. wurde ein Beamter auf dem Heimwege in der Stilling Allee zwischen Karlsruhe und Müppurr von 4 unbekanntem überfallen und folgender Gegenstände beraubt: 4600 M. in Hundertmarkscheinen, 100 M. in Ein- und Zweimarkscheinen, einer Nadeluhr mit Metallkette, eines Verlobungsringes mit Inschrift „E. S.“, eines Armetaschenmessers, eines Schlüsselbundes, eines schwarzen Überziehers und Nades, einer Weste, schwarzer Schnürschuhe und eines braunen weichen Filzhutes.

Der eine der Täter ist etwa 25 Jahre alt, 1,75 Meter groß, breitschulterig, hat dunkle Gesichtsfarbe, trägt langen dunklen Rock, weichen Filzhut, spricht Karlsruher Dialekt. Der andere ist etwa 30 Jahre, 1,80 Meter groß, kräftig, knochiges Gesicht, grauer Anzug, hellgelbe Sportmütze ohne Stragen.

Zu dem Raubfall wird noch gemeldet: Der Überfallene war ein Lehrer, der gegen 11 Uhr nachts sich auf dem Heimwege nach der Gartenstadt Müppurr befand. Gleich nach der Eisenbahnbrücke bei der Wirtschaft „Zum Lautenberg“ kam ein Mann aus dem nach dem Walde führenden Seitenwege her und bat ihn, er möchte doch mitgehen, denn da unten sei etwas passiert, da liege einer. Nichts Ables ahnend ging der Filzberete mit an die Stelle, wo der angeblich Verunglückte lag. Neben ihm kniete ein anderer Komplize. Kaum angekommen, erhielt der Lehrer einen Schlag von hinten und einen Knief in den Mund gedrückt, damit er nicht um Hilfe rufen konnte. Darauf wurde er von drei Gaunern hinter den Breiteraum des Spielplatzes des Beierheimer Fußballvereins geschleppt, von dem einen Verbrecher festgehalten, vom anderen mit dem offenen Messer bedroht, während der dritte Schmiere stand. Sodann mußte der Überfallene mit nach dem nahen Walde gehen, wo ihm Rock, Weste, Schuhe, Hosenträger, Brieftasche, kurzum alles abgenommen wurde. Mit den Worten: „Laufen Sie so schnell Sie können“ ließen die Räuber ihr Opfer los, das sie bis auf das Hemd, Hose und Socken ausgeplündert hatten. Doch konnte der Unglückliche nicht weit gehen, denn die Mißhandlung hatte ihn zu arg mitgenommen und vor Erschöpfung sank er nieder und blieb eine zeitlang bewußlos liegen. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, konnte er den Heimweg antreten.

Landestheater. In der „Migolletto“-Vorstellung am Freitag singt Herr Kammerjänger Jan van Gortom die Titelpartie. Zu der Besetzung von d'Alberts „Tiefeland“ am Sonntag, den 19. März ist hinzuzufügen, daß diehuri von Fel. Emma Rodweg geur- en wird. — Am Dienstag gastiert Herr Dr. Fritz Lang vom Landestheater in Stuttgart als Jaquino in „Fidelio“.

Aus der Badischen Kunsthalle. Die Ausstellung „Deutsche Plastik des Mittelalters“, die auch auswärts größte Beachtung gefunden hat, wird nur noch wenige Tage zugänglich sein. Dann wird das reiche Material zum größten Teil wieder an die Verfasser zurückgehen. Die Gelegenheit, diese ungewöhnliche Schau noch einmal zu genießen, sollte daher von den Einheimischen nicht verpasst werden. Gleichwohl sei bemerkt, daß die in dieser Ausstellung gezeigten Photographien auf Wunsch im Herbst zum „Denkmalpflegefest“ in Stuttgart gezeigt werden sollen.

Badische Lichtspiele. Im kommenden Spielplan, Samstag, 18., Montag, 20. und Mittwoch 22. März, wird ein Film gezeigt, welcher nicht nur durch seinen Inhalt, sondern auch durch seine Entstehungsgeschichte besonders Interesse erregt. Gemäß den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hat Deutschland sämtliche Minen aufzufischen, die von der deutschen Flotte gelegt worden sind. Zu diesem Zwecke ging im Juli v. J. eine Minensuchflotte nach der Murmanküste, um dort die gelegten Minen aufzufischen. Es ist aus den Zeitungen bekannt, daß diese Flotte von bolschewistischen Kriegsschiffen bei Nacht beschossen worden ist, ohne daß irgend welcher Schaden auf den Schiffen angerichtet wurde. Die Fahrt ist im Film in fesselnden Aufnahmen festgelegt. Auch der übrige Teil des Programms enthält prachtvolle Bilder und bietet reichen Stoff zur Unterhaltung und Belehrung (Bgl. Inserat).

### Badische Gemeindeschau.

DZ. Sigen, 14. März. Altbürgermeister Schrott ist hier am Samstag nachmittag gestorben. Der Stadtgemeinde hat der Verstorbene als Bürgermeister, dann als Ratsherr lange Treue geleistet. Seine Amtszeit als Bürgermeister fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs Sigen, welcher die Anstellung eines Berufsbürgermeisters notwendig machte.

**D**er beste Rat zu sparen, ist es für jeden Haushalt, wenn echte Pfeiffer & Dillers kaffee-Milch zu Bohnen- und Malzkaffee hinzugenommen wird. Dann ziehen die Grundstoffe erst richtig aus u. man braucht viel weniger von Bohnen oder Malz!

Originaldosen und Silbropakete Zu haben in den Geschäften!

DEZ. Hofrat, 13. März. In den Gemeinden Otterbach und Bismarck fanden gestern die Bürgermeisterwahlen statt. In Otterbach wurde gewählt der Zimmermann Adolf Frisch, in Bismarck der Holzschreiber Wolf.

### Verschiedenes.

Der Schlossherr als Schlichter. Wie die Blätter mitteilen, wurde die Voruntersuchung wegen versuchten Totschlags gegen den Schlossherrn von Böhren, Hauptmann von Rache, jetzt abgeschlossen. Der Antrag der Potsdamer Staatsanwaltschaft, noch weitere Beweise zu erheben, wurde vom Untersuchungsrichter abgelehnt. Im Laufe dieser Woche wird sich entscheiden, ob das Untersuchungsergebnis einen ausreichenden Grund für die Erhebung der Anklage wegen versuchten Totschlags gegen Rache darstellt. Vorläufig wird gegen ihn ein Verfahren wegen unerlaubten Waffentragens eingeleitet.

### Badisches Landestheater.

Samstag, 18. März. 6 $\frac{1}{2}$ , 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. 26 M. Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 651-1000.

#### Judith.

Im Landestheater. So. 19. Tiefenau. 6 $\frac{1}{2}$ , (50.00) — Mo. 20. Kette. 7. (25.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 501-650, alle Nummern über 3500. — Die 21. Fidele. 7. (40.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1901-2100. — Mi. 22. Die Fledermaus. 7. (40.00) — Do. 23. Des Meeres und der Liebe Wellen. 7. (25.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101-2300. — Fr. 24. Carmen. 6 $\frac{1}{2}$ , (40.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2601 bis 2800. — Sa. 25. 4. Vorstellung im Kammertheater. Ein Schauspiel für Liebende in 5 Akten von Goethe. 7. (25.00) — So. 26. vorm. 11 $\frac{1}{2}$ . Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes in der Wandelhalle des I. Ranges. Vortrag von Prof. Dr. Holl über Ibsens Peer Gynt. (5.00) Für Mitglieder des Theaterkulturverbandes, der Gesellschaft für deutsche Bildung und Inhaber von Eintrittskarten für die Erstaufführung 2.50; abends 6. Der Prophet. (50.00) — Mo. 27. Wiederholung der 3. Literarischen Abendfeier. Rokoko. (Alt-Leipzig) 7 $\frac{1}{2}$ , (15.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001-1600, 3101-3350. — Die 28. Undine. 7. (40.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1601-1900.

Im Konzerthaus. So. 19. Zwangseinquartierung. 7. (21.00) — Die 21. Volksbühne. H 4 und Fr. 24. Volksbühne H 5 jeweils Der Pfarrer von Kirchfeld. 7. — So. 26. Frauenkammer. 7. (21.00).

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Th.-Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 18. nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 20. an.

### Konzerthaus.

#### Badische Lichtspiele

jeweils 6 Uhr nachm. und 8 $\frac{1}{2}$  Uhr abends

**Samstag, den 18., Montag, den 20.,**  
**Mittwoch, den 22. März.**

#### Ums Nordkap ins nördl. Eismeer.

(Mit deutschen Minenjuchern zur Murman-Küste.)

#### Mit der Jungfrau ins ewige Eis.

Der Flachs und seine Veredelung.

Glöckel's Abenteuer (Gäherfilm).

Verkaufsstellen wie bekannt, s. Anschlagtafel.

**Bilanx per 31. Dezember 1921.**

Aktiven.		Passiven.	
N	g	N	g
Geschäftsguthaben-Konto	101 400	Geschäfts-Anteile-Konto:	
hierauf bezahlt	98 365	507 Anteile à 200.—	101 400
Neubau-Konto:		Bauspar-Zusatz-Konto:	
abgeschl. Rechnungen		Zusätze auf:	
Wohnhäuser Serie I	407 612,48	Wohnhäuser Serie I	294 337,59
Wohnhäuser Serie II	238 456,70	Wohnhäuser Serie II	252 750
Wohnhäuser Serie III	9 333,15	Wohnhäuser Serie III	51 000
Hypothek-Amortisations-Konto			598 087,59
Stammeneinlage	25		
Bauspar-Konto:			
Bereitsbank Kapitäl	24 182		1 600 08
Rassen-Konto			371 60
Rassenbestand	71 70		
Lieferanten-Konto:			
bereits geleistete Anzahlg.	46 514,04		
auf Wohnhäuser Serie II	142 792,60		
auf Wohnhäuser Ser. III	189 306,64		
abzgl. noch zu zahlender			
Rechnungen der Serie I	8 040,78		
			863 980,89

**Gewinn- und Verlust-Rechnung.**

Zoll.		Einn.	
N	g	N	g
Geschäftsumkosten-Konto	199 51	Zinsen-Einnahmen p. 1921	3 146,43
Rücklagen-Konto	500	Gewinn-Vortrag 1920	8 146,81
Reingewinn	10 593,73		
			11 293,24

**Mitglieder-Bewegung.**

	Anzahl	Anteil	Wert	Summe
Bestand am 1. Januar 1921	116	Mitglieder mit 454 Anteilen	90 800.—	181 600.—
Zugang 1921	65	"	13 200.—	26 400.—
Abgang 1921	12	"	2 600.—	208 000.—
Bestand am 1. 1. 1922	169	"	101 400.—	202 800.—

Gesamtanw. 1. Januar 1922.

**Gemeinnützige Heimstätten-Gesellschaft G. G. m. b. H.**

Der Vorstand: Höfer, Wülfner.

Der Aufsichtsrat: Werner.

## Staatsanzeiger.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

**Aus dem Bereich des Justizministeriums.**

**Ernannt:**  
Justizassistent Heinrich Albrecht beim Rotarier-Agasterhousen zum Justizsekretär; Bürogehilfe Alfred Trefft beim Rotarier Weidheim zum Kanzleiassistenten, Aufseher Friedhelm Ehrharder beim Landesgefängnis Mannheim zum Oberaufseher.

**Verfetzt:**  
die Oberamtsrichter Dr. Erich Baerter in Weiskirchen nach Pforzheim und Otto Pfeiffer in Waldbrunn nach Weiskirchen.

### Künstlerhaus.

Sonntag, 19. März, 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

#### Zweiter Lauten-Abend

## Sepp Summer

Die dritte völlig neue Vortragsfolge.

Karten zu M. 15.—, 12.—, 9.— und 6.— einschließlich Steuer bei

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

### Silber u. Gold Platin Brillanten

kauft zu allerhöchsten Preisen M. 58

## Emil Feißkohl

Juwelier

Karlsruhe. Kaiserstraße 67.

**Bürgerl. Rechtspflege**

**1. Streitige Gerichtsbarkeit.**

**Aufgebot**

Nr. 3313 Konstanz, Der Kaufmann Gustav Schmidt in Raing-Rastel, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Reinach in Raing, hat das Aufgebot von 10 jungen Holzverleihungsindustrialien-Aktien zu 1000 M. mit Dividende ab 1921, Serie 5 Nr. 24821 bis 24830, welche er im Frühjahr 1921 durch Vermittlung der allgem. Geschäfts-Bankgesellschaft, Filiale Raing, käuflich erworben haben will, und die angeht in Verlust geraten sind, beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 3. März 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraft-

losklärung der Urkunden erfolgen wird. Gleichzeitig ergeht zu Folge § 1019 BPO. an die Ausstellerin der Urkunden u. an etwaige Zahlstellen das Verbot an den Inhaber der Papiere, irgend eine Leistung zu bewirken.

Konstanz, 6. März 1922. Amtsgericht Konstanz. gez. Deufel.

Nr. 460. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zigarettenfabrikanten Ludwig Schneider in Windschlag ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Samstag, 1. April 1922, vormittags 10 Uhr. Offenburg, 13. März 1922. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Nr. 459. Weinheim. Über das Vermögen der Firma

Nr. 437.2. Bonndorf. Auf Antrag des Gustav Müller, Schuhmachers in Strittberg, als Abwesenheitspfleger des Fiskus, wird die Sache über den Nachlass des Franz Josef Wähler, geb. am 5. Februar 1872, der im Jahre 1872 nach Amerika ausgewandert und von dessen Leben seit 1894 keine Nachricht mehr eingegangen sein soll, wird der genannte Franz Josef Wähler hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, 3. April 1922, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte bestimmtem Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird. Zugleich werden alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, aufgefordert, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen. Bonndorf, 9. März 1922. Bad. Amtsgericht.

**Aufgebot.**

Nr. 356.2. Weiskirchen. Die Ehefrau des Cantors Adolf Lad Jette geb. Roth, wohnhaft in Weiskirchen, am 20. Februar 1861 in Peterkow, Russland, geborenen, in Weiskirchen wohnhaften, zuletzt in Rütlich sich aufhaltenden Ehe-mann für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Mittwoch, 6. März 1922, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Auf-

gebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gerichte Anzeige zu machen. Weiskirchen, 1. März 1922. Bad. Amtsgericht.

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 3. April 1922, vorm. 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Freiburg, 16. März 1922. Forstamtsinspektion 2.

**Radeltangen-Versteigerung**

des bad. Forstamts Pforzheim am Montag, den 20. März d. J., früh 9 Uhr beginnend in der Brauerei bei dem Marktplatz in Pforzheim aus dem Staatswald „Hagenschieß“ 58 „Speleide“, 61 „Segelsteine“, 64 „Scheiters“, 65 „Streichlein“, 68 „Finnelsteine“: etwa 1350 Stück Radeltangen, 1500 Hopsensklangen, 500 Stück Reben- und 600 Stk. Wollenscheiden. Oberforstwart Fejt und Forstwart Stal, Seehaus, Pforzheim.

Justizsekretär Theobald Ober beim Landgericht Konstanz zum Amtsgericht baselst.

### Ministerium des Kultus und Unterrichts.

**Ernannt:**  
Der planmäßige außerordentliche Professor für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe Dr. Anton Schwalze vom 1. April 1922 an zum planmäßigen ordentlichen Professor für elektrische Anlagen, die Amtsgehilfen Franz Braun beim neuen Kollegienhaus und Peter Hermann beim archäologischen Institut der Universität Heidelberg zu planmäßigen Amtsgehilfen baselst.

**Zurückgesetzt auf Ansuchen:**  
Geh. Hofrat Dr. Runo Fejt, Direktor des Volkshochschulniums in Freiburg, Geh. Hofrat Wilhelm Caspari, Direktor des Gymnasiums in Mannheim, Geh. Hofrat Dr. Hermann Lutenbach, Direktor des Gymnasiums in Heidelberg, Direktor Armand Wamanns an der Lessingsschule in Karlsruhe.

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Verstorbene Bekanntmachungen.**

**Bekanntmachung.**

Bei der heute vorgenommenen Verlosung von 3/4-prozentigen Säbilverlosungen der hiesigen israelit. Gemeinde wurden gezogen: Nr. 51. 70, 71, 217, 283, 359, 386, 430, 439, 443, 446, 464, 486, 568, 599, was mit dem Festhalten des vorgenannten wird, daß dieselben auf 1. Juli d. J. rückzahlbar sind, von welchem Tage an deren Verzinsung aufhört.

Bruchsal, 16. März 1922. Der Syndikusrat. Rudolf Schloßberger

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M. mit 5,96 Hfm., Lot 5 Eichen: 3 II. M. mit 5,26 Hfm., 18 III. M. mit 18,91 Hfm., Lot 6 Eichen: 37 IV. M. mit 24,76 Hfm., 58 V. M. mit 17,95 Hfm., Lot 7 VII. Eichen: 4 III. M. mit 3,05 Hfm., 36 IV. M. mit 17,91 Hfm., 46 V. M. mit 12,56 Hfm., Lot 8 VIII. Eichen: 3 IV. M. mit 2,76 Hfm., 30 V. M. mit 9,86 Hfm., Lot 9 IX. Eichen: 2 III. M. mit 2,89 Hfm., 48 IV. M. mit 33,06 Hfm., 71 V. M. mit 25,76 Hfm., Lot 10 X. Eichen: 1 I. M. mit 3,22 Hfm., 1 IV. M. mit 0,63 Hfm., 1 V. M. mit 0,34 Hfm. Die Angebote sind schriftlich, losweise an das Forstamt einzureichen. Losauszüge gegen Voreinzahlung von 10 M. Vorzeiger des Forstamts: Forstwart Weiskirchen in Weiskirchen. Nr. 435

**Rudolf Holz-Verkauf**

des bad. Forstamts Neuenwald. Dem freibändigen Verkauf mit Angebotsfrist bis zum 27. März d. J. werden aus dem Domänenwald „Rühlig“ ausgesetzt: Lot 1 Eichen: 4 I. a. M. mit 10,45 Hfm., 16 I. b. M. mit 39,03 Hfm., Lot 11 Eichen: 7 II. a. M. mit 12,41 Hfm., 30 II. b. M. mit 53,32 Hfm., Lot 111 Eichen: 11 III. a. M. mit 14,19 Hfm., 25 III. b. M. mit 27,89 Hfm., Lot 14 Eichen: 37 IV. M. mit 28,03 Hfm., 17 V. M